

## Deutschland nimmt Müll aus Tschechien zurück

In der tschechischen Stadt Libevec hat gestern der Abtransport von rund 750 Tonnen illegalen Mülls aus Sachsen-Anhalt nach Deutschland begonnen. Drei Lastwagen hätten erste Ladungen zu einer Verbrennungsanlage in Sachsen gefahren, meldete die Prager Nachrichtenagentur CTK. Der Abtransport soll spätestens am Samstag beendet sein. Im April hatten Ermittlungen der deutschen Sonderabfallagentur ergeben, dass eine Firma aus Sachsen-Anhalt in dem Ort rechtswidrig 88 Lastwagenladungen Abfall abkippte. Zwar übernahm das Land die Kosten für den Transport, wolle sich das Geld aber gerichtlich von dem Unternehmen in Halle zurückholen, hatte das Umweltministerium in Magdeburg angekündigt. Die Prager Behörden hatten in den vergangenen Tagen bereits etwa 3650 Tonnen Müll von Libevec in ein Zwischenlager gebracht. DPA

## Greenpeace verklagt Berlin wegen Feinstaub

Die Umweltorganisation Greenpeace hat beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Beschwerde gegen die Bundesregierung wegen „des völlig unzureichenden Schutzes der Bevölkerung vor gefährlichem Feinstaub“ eingereicht. Es sei weder der Anteil des Dieselrußes am Feinstaub gesenkt noch die EU-Richtlinie zum Schutz der Menschen vor Feinstaub ausreichend umgesetzt worden, bemängelten die Umweltschützer gestern. „Die Bundesregierung und der Bundesrat nehmen seit Jahren tatenlos hin, dass Tausende Menschen an Diebstahl oder anderen Feinstaub-Krankheiten sterben“, sagte Günter Hubmann, Verkehrsexperte von Greenpeace. Offensichtlich scheue die Regierung die Konfrontation mit den Autoherstellern. Diese würden keine steuerliche Benachteiligung ihrer Dieselaautos ohne Filter hinnehmen. DPA



Kein Vertrauen in die Verhandlungen: Hochschulmediziner aus Dresden, Leipzig und Halle marschieren in Dresden zum sächsischen Sozialministerium. Die Ärzte aus Sachsen und Sachsen-Anhalt setzen ihren Streik fort

# Ärzte-Unterhändler wollen Einigung

Bundesländer und Marburger Bund vor entscheidender Verhandlungsrunde · Studie sieht hohes Einsparpotenzial in Kliniken

VON **ULRIKE SOSALLA**, BERLIN,  
UND **SABINE RÖSSING**, HAMBURG

Am Tag vor der entscheidenden Verhandlungsrunde zwischen den Klinikärzten und den Bundesländern haben beide Seiten Einigungswillen bekundet. „Wir machen da weiter, wo wir am Samstag aufgehört haben“, sagte Ulrich Konstantin Rieger, Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die für die Bundesländer die Gespräche führt.

„Bei der letzten Runde haben wir alles festgezurr“, pflichtete der Vorsitzende des Marburger Bundes, Frank Ulrich Montgomery, bei.

Eine Einigung würde den seit Mitte März andauernden Streik der Ärzte an Unikliniken und Landeskrankenhäusern beenden. Sie haben den betroffenen Kliniken bereits Einnahmehinfortfälle in Millionenhöhe beschert. Sollten die Gespräche nicht zum Abschluss kommen, kündigte der Marburger Bund eine Ausweitung der Streiks an.

Denn noch gibt es einige hohe Hürden. So wachsen bei Kliniken wie Ärzten Zweifel, ob die Verhandlungen ihre Interessen ausreichend berücksichtigen. Vorsorglich gingen die Leiter der großen baden-württembergischen Universitätskliniken bereits vergangene Woche in die Offensive. Gemeinsam mit dem Wissenschafts- und dem Finanzministerium des Landes loteten sie die Möglichkeit aus, die Tarifgemeinschaft zu verlassen und selbst mit dem Marburger Bund zu verhandeln. Zwar gab es keinen Beschluss – die Baden-Württemberger verhandeln vorerst weiter unter dem Dach der TdL mit. Doch bleibt der Ausstieg nach den Worten eines Ministeriumssprechers eine Option. „Es ist völlig offen, ob es in diese Richtung gehen wird“, sagte er.

Hintergrund ist, dass die Leiter der Unikliniken mit der Verhandlungsführung der TdL unzufrieden sind. Entscheidungen fielen nur langsam und nach langen, aufwändigen Abstimmungsprozessen, kritisierte der Vorsitzende des Verbands der Universitätskliniken, Rüdiger Strehl. Ein Problem seien auch die „unterschiedlich gelagerten Interessen“ innerhalb der Tarifgemeinschaft. Da in den vergangenen Jahren jedes Bundesland auf eigene Faust und an anderen Stellen bei den Universitätskliniken sparte, haben die Länder nun in einem Kompromiss unterschiedlich viel zu verlieren. Ziel der jetzt laufenden Tarifverhandlungen ist unter an-

rem, die unterschiedlichen Regelungen der Länder anzugleichen.

Experten bezweifeln allerdings, dass ein solcher einheitlicher Tarifrahmen die Probleme der öffentlichen Kliniken entschärfen kann. In einer Langzeitstudie über fünf Jahre kommt die Münchner Strategieberatung Peter Milde und Partner zu dem Schluss, dass es vor allem öffentlichen Kliniken überwindend an effizienten Verfahren bei der Prozessorganisation, der Personalführung und der Arbeitszeitgestaltung mangle. In 62 Prozent der untersuchten Fälle resultierte die hohe Arbeitszeitbelastung nicht aus tatsächlich anfallender Arbeit, sondern mangelnder Planung und Organisation, urteilt Milde in der Studie, die der FTD vorliegt. Neue tarifliche Regeln könnten sogar kontraproduktiv wirken: „Somit werden auch die neuen Tarifbestimmungen die viel diskutierten Arbeitszeit- und Vergütungsprobleme im Klinikbereich nicht lösen, sondern eher noch verschärfen“, warnt die Studie.

Häufig liege die Personalführung und Organisationsplanung in der Hand von Ärzten, die für diese Aufgabe jedoch weder ausgebildet noch motiviert seien. Durch Verbesserungen in diesen Bereichen ließen sich in der überwiegenden Zahl der Kliniken Einsparungen von rund 30 Prozent erzielen, heißt es in der Studie.

[WWW.FTD.DE/AERZTE](http://WWW.FTD.DE/AERZTE)

## Streiken mit Überstunden

► Streik, das bedeutet normalerweise kräftige Lohneinbußen für die Beschäftigten, die aber immerhin teilweise durch das Streikgeld der Gewerkschaften aufgefangen werden. Beim Streik der Universitätsärzte können diese auf eine solche Hilfe nicht zurückgreifen – der Marburger Bund, der die Tarifgemeinschaft mit Verdi vergangenes Jahr verlassen hat, hat noch keine Streikkasse. „Langfristig ist das natürlich unser Ziel, eine solche Kasse aufzubauen“, sagte ein Sprecher. Derzeit würden die rund 100 000 Mitglieder zwischen 150 bis 200 € Jahresbeitrag zahlen.

Häufig verzichten die streikenden Ärzte auch nicht auf Gehalt. Denn der Streik beruht oft darauf, dass die Mediziner die sonst üblichen und oft unbezahlten Überstunden nicht leisten oder den Freizeitausgleich wahrnehmen – und schon damit den Klinikbetrieb lahm legen. Da man bemüht ist, die Notversorgung aufrechtzuerhalten, wird nicht dauerhaft gestreikt, die Arbeitsniederlegungen rotieren zwischen den Kliniken. „Wir sind keine Müllwerker, es gibt eine Verantwortung gegenüber Patienten“, sagte ein Sprecher eines Landesverbands. Sollte es heute nicht zu einer Lösung kommen, soll die Streikintensität aber zunehmen. MAIKE RADEMAKER



**FINANZPLANUNG IST LEBENSPLANUNG.  
CERTIFIED FINANCIAL PLANNER®  
GEBEN DER ZUKUNFT SICHERHEIT.**

100.000 CFP® sorgen in 20 Wirtschaftsnationen nach den gleichen professionellen Regeln für Sicherheit in der finanziellen Zukunftsplanung ihrer Kunden. Von Brasilien über die USA bis Kanada, von Australien über China bis Europa reicht der weltweite Verbund.

IN DEUTSCHLAND sind es mehr als 1.000 Certified Financial Planner®, die sich um die Zukunftssicherheit von Geld- und Vermögensanlagen kümmern. Ihr Berufsfeld ist der langfristige Anlagehorizont. In Ausbildung, Berufserfahrung und ethischem Anspruch sind deutsche CFP Weltstandard.

AUCH CERTIFIED FOUNDATION AND ESTATE PLANNER (CFEP) – die Berater für den Vermögensübergang von einer Generation auf die nächste – unterliegen den gleichen strikten Regeln. Kontrolliert werden beide Berufsgruppen vom FPSB Deutschland.



**FPSB DEUTSCHLAND**  
FINANCIAL PLANNING STANDARDS BOARD

DER VERBAND  
DER FINANCIAL UND  
ESTATE PLANNER  
VORMALS DEVFP

Financial Planning Standards Board  
Deutschland e.V.  
Tel 069 90550866 E-Mail info@fpsb.de  
[WWW.FPSB.DE](http://WWW.FPSB.DE)

## Justizmängel lähmen Beitrittspläne

EU-Kommission kritisiert mangelnden Reformeifer Bulgariens und Rumäniens

VON **GEORGE PARKER**, SOFIA,  
UND **NICOLE KOHNERT**, BRÜSSEL

Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit Rumäniens und Bulgariens könnten den geplanten Beitritt beider Länder zur Europäischen Union verzögern. Wie die Financial Times aus Kreisen der EU-Kommission erfuhr, soll der Druck auf die beiden Beitrittskandidaten verstärkt werden, damit sie fällige Reformen im Justizbereich durchsetzen. Zudem soll im Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen stärker durchgegriffen werden.

Zudem will die Brüsseler Behörde offenbar die wachsenden Zweifel in der EU besänftigen, wonach das Tempo für die EU-Beitritte zu hoch sei. In vielen Staaten hatte Verärgerung ausgelöst, dass der Beitritt Rumäniens und Bulgariens bereits beschlossene Sache ist – ohne dass die Entwicklung beider Länder bis zum Schluss abgewartet

wurde. Mögliche künftige Beitrittsrunden werden von EU-Abgeordneten nur noch mit deutlichen Vorbehalten gesehen.

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn hatte ursprünglich gehofft, dass die Kommission am 16. Mai die erwartete Empfehlung aussprechen könne, ob Rumänien und Bulgarien bereits 2007 beitreten können. Dieser Beschluss wurde nun jedoch aufgeschoben.

Bulgariens Premierminister Sergej Stansichew sagte, jede Verschiebung des Beitrittsstermins sei eine Enttäuschung. Sie diene nur den EU-Skeptikern in seinem Land. „Wir sind keine Bürger zweiter Klasse“, sagte er.

Bulgarien habe im Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption schon Fortschritte gemacht. Etliche Gesetzesänderungen und die Ernennung eines neuen Generalstaatsanwalts hätten schon Wirkung gezeigt. Die EU-Kommission allerdings wirft der

bulgarischen Führung vor, noch keinen der geschätzten 173 Auftragsmorde in den letzten 15 Jahren in ihrem Land aufgeklärt zu haben. Stansichew sagte, die bulgarischen Bürger wären desillusioniert, wenn die EU das Land leiden lasse.

Die Brüsseler Kritik dürfte auch in Rumänien für Enttäuschung sorgen, zumal das Land zuletzt in seiner Entwicklung Bulgariens überholt hatte. Bulgarien und Rumänien könnten nun dazu gedrängt werden, bis 2008 zu warten – der letztmögliche Termin.

Mehrere EU-Mitgliedsstaaten, wie Polen und Großbritannien machen Druck, beide Staaten bereits 2007 in die EU aufzunehmen. Um eine zwölfmonatige Verschiebung des Beitrittsdatums zu beschließen, müssen die Mitgliedstaaten im Falle Bulgariens einstimmig entscheiden.

„Für beide Staaten ist 2007 noch möglich“, sagte ein Kommissionsbeamter. „Allerdings müssen einige der Beamten ihre Sommerurlaube stornieren und uns richtige Ergebnisse zeigen.“